

Beschluss des Landrats vom 30.06.2022

Nr. 1627

28. Strommangellage im Kanton Basel-Landschaft 2022/47; Protokoll: bw

Martin Dätwyler (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Martin Dätwyler (FDP) muss an diesem Jubeltag auf ein schwieriges Thema zu sprechen kommen. Auch der Bundesrat ordnet diesem Thema höchste Priorität zu. Die Antworten des Regierungsrats geben gut über die Abläufe im Falle einer Strommangellage Auskunft. Dass Strommangellage auf Platz eins der Risikoanalyse von Katastrophen und Notlagen ist, ist leider viel zu wenig bekannt. An einer Sitzung mit Gemeinde- und Wirtschaftsvertretern führte die Erwähnung dieses Thema einmal mehr vor allem zu grossen Augen. Eine Ausnahme gab es: Der Vertreter des regionalen Krisenstabs war bestens mit dem Thema vertraut und versicherte, dass der Krisenstab sich seit kurzem intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. Das ist auch notwendig, denn Kanton, Wirtschaft und Gesellschaft sollen über die Abläufe bei einer Strommangellage im Bild sein. Das soll nicht zu Panik führen, aber der Vorbereitung dienen, um im Fall der Fälle geordnet reagieren zu können. Der Regierungsrat wird aufgefordert, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und dem volkswirtschaftlich strategischen Gut Strom höchste Priorität zu schenken. In der Antwort des Regierungsrats stehen Formulierungen wie «Die Versorgung des Landes mit Gütern und Dienstleistungen ist grundsätzlich Sache der Wirtschaft. Erst wenn diese ihre Versorgungsfunktion nicht mehr selber wahrnehmen kann, greift der Staat lenkend ein. Oberster Krisenmanager in einer Strommangellage ist der Bundesrat.». Das mag formal absolut richtig sein, gibt aber uns allen und auch den Unternehmen nicht wirklich Sicherheit und kein Bewusstsein für das Risiko. Es ist und bleibt in der Realität eine Verbundaufgabe von Bund, Kanton, Gemeinden, Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Learning haben sicherlich alle aus der Corona-Pandemie mitgenommen. Schliesslich wird als zentral und richtig erachtet, dass der Kanton – wie in der Interpellation erwähnt – eine Bewältigungsstrategie in Auftrag gegeben hat. Es ist zu hoffen, dass dieser Auftrag weit fortgeschritten ist und bald darüber berichtet werden kann. Nach den gestrigen Ausführungen des Bundesrats reicht eine Strategie allein jedoch nicht. Es müssen auch Massnahmenpakete formuliert werden, womit die Situation, so sie denn eintrifft, strukturiert in Angriff genommen werden kann. Es müssen auch Kommunikationsmassnahmen und Strukturen aufgebaut werden, um für den Fall vorbereitet zu sein. Ein spezielles Augenmerk bei dieser Thematik ist auf die Wirtschaft zu richten. Offenbar soll die Wirtschaft sowohl beim Strom, wie auch beim Gas als erstes die Lasten tragen. Deshalb braucht es dringend Gespräche darüber, wozu die Wirtschaft gerne bereit ist.

Marco Agostini (Grüne) sieht es wie Martin Dätwyler: Strommangel wird in Zukunft ein Problem sein. Es geht aber nicht nur um Strom, sondern auch Energie. Die Mangellage wird wahrscheinlich im Herbst bereits eintreten. Vielleicht trifft es die Schweiz nicht so stark. Hierfür sollte man sich vor allem vorbereiten. Man sieht es jetzt an Deutschland, das noch stärker von Gas abhängig ist. Aber auch beispielsweise in Pfeffingen machen Öl und Gas 2/3 der verbrauchten Energie aus. Hierüber sollte man sich Gedanken machen. Mit dieser Thematik wird man bald konfrontiert sein. Es ist zu hoffen, dass sie von der Regierung bereits behandelt wird.

://: Die Interpellation ist erledigt.
